

Der Dritte Weg

Dritte Wege sind Kompromisse, die Gegensätze verbinden wollen. Es geht um das Spannungsfeld von individueller Freiheit und hoheitlichem Zwang und somit um das Verhältnis von ökonomischer Effizienz und sozialer Gerechtigkeit. Zu Zeiten des Kalten Krieges suchte Ota Sik nach einer Symbiose von Kapitalismus und Kommunismus. Freie Marktwirtschaft und zentral verwaltete Planwirtschaft sollten harmonisch zusammenfinden. Heute fordern andere eine faire Alternative, um der kalten Globalisierung ein menschliches Antlitz zu verleihen. Bei Anthony Giddens wird daraus „der Dritte Weg als Erneuerung der sozialen Demokratie“. Bei Joseph Stiglitz heißt es: „Making Globalization Work“.

In Deutschland braucht es keine neuen Modelle, um marktwirtschaftliche Effizienz und sozialen Ausgleich in Einklang zu bringen. Die Soziale Marktwirtschaft ermöglicht immer noch eine überzeugende ordnungspolitische Versöhnung von Freiheit und Gerechtigkeit. Daran hat sich auch durch die wirtschaftspolitische Dynamik der Globalisierung wenig geändert. Im Gegenteil: das Konzept Soziale Marktwirtschaft ist aktueller denn je. In politisch und wirtschaftlich unsicheren Zeiten bietet es die für erfolgreiche Gesellschaften unverzichtbare Orientierung. Die Soziale Marktwirtschaft will die Irenik zwischen freier Marktwirtschaft und sozialer Verantwortung. „Sinn der Sozialen Marktwirtschaft ist es, das Prinzip der Freiheit auf dem Markte mit dem des sozialen Ausgleichs zu verbinden“, schreibt Alfred Müller-Armack, einer der geistigen Väter der Sozialen Marktwirtschaft. Wirtschaftliche Effizienz und soziale Gerechtigkeit sind keine Gegensätze. Sie lassen sich harmonisch verbinden und ergänzen sich sogar.

Die freie Marktwirtschaft sorgt für den ökonomischen Erfolg in einer globalisierten Weltwirtschaft und damit für die unverzichtbare materielle Voraussetzung, sozialpolitisches Handeln finanzieren zu können. Das Soziale sorgt für menschliche Geborgenheit und damit für die unverzichtbare immaterielle Voraussetzung, selbstbewusst, mutig und mit entspannter Gelassenheit auf die Herausforderungen der Globalisierung reagieren zu können. Wer sicher ist, dass ein ökonomischer Misserfolg nicht zu einem bodenlosen Fall in Not und Armut führt, wagt mehr. Und weil individueller Wagemut der Gesellschaft insgesamt zugutekommt, lohnt sich das Soziale eben auch für die Gesellschaft.

Die Soziale Marktwirtschaft lässt die freien Marktkräfte spielen. Sie korrigiert die Verteilung des Marktergebnisses, nicht die Entstehung. Zunächst soll der Markt eine möglichst große Wertschöpfung erzeugen. Eine unverfälschte Primärverteilung der Einkommen auf der Grundlage freier Märkte erfüllt dieses Ziel. Dann soll eine nachrangige Verteilung auf der Grundlage direkter personenbezogener Eingriffe über Steuern und Transfers erfolgen. Ökonomisch schwache Mitglieder einer Gesellschaft werden finanziell unterstützt und durch Umverteilung in die Lage versetzt, ein menschenwürdiges Leben zu führen.

Freie Marktwirtschaft verlangt, dass Menschen eigenverantwortlich und selbstbestimmt entscheiden und handeln. Dem freien Wettbewerb auf funktionierenden Märkten kommt die zentrale Aufgabe zu, individuelle Aktivitäten zu koordinieren. Das klingt einfach, ist aber in der Praxis schwierig – vor allem wenn das Ergebnis sozial „ungerecht“ erscheint, beispielsweise, wenn Menschen hart arbeiten, dafür aber nur wenig Geld verdienen. Rasch ist man dann versucht, nach Mindestlöhnen zu rufen, damit „wer eine volle Stelle hat, auch in der Lage ist, mit diesem Lohn sein Leben finanzieren zu können“, wie es der Bundesminister für Arbeit und Soziales formuliert hat. Doch dieser gut gemeinte und vernünftig klingende Vorschlag hat eine Menge leicht ersichtlicher Fußangeln. Wer freie Marktkräfte ausschaltet, verteilt das Fell des Bären, bevor er erlegt ist. Besser ist es, zunächst freie Märkte sich voll entfalten zu lassen und dann erst über die



Thomas Straubhaar

Verteilung der maximalen Erträge nachzudenken. Mindestsicherung, nicht Mindestlöhne, heißt das politische Gebot der Stunde in der heutigen Zeit.

Um politisch eine Chance zu haben, muss eine Deregulierung des Arbeitsmarktes Hand in Hand mit einer sozialen Absicherung gehen. An der Stelle schlägt die Stunde eines bedingungslos gewährten Grundeinkommens zur Sicherung des Existenzminimums. Das Grundeinkommen ist die harmonische soziale Ergänzung zu einem effizienten freien Arbeitsmarkt. Vordergründig scheint ein an alle vom Staat in gleicher Höhe bedingungslos gewährtes Grundeinkommen eine sozialistische Utopie zu sein. Das Grundeinkommen weicht vom Prinzip des Forderns und Förderns und damit von den Kombilohn-Modellen ab. Es wird nicht nur an jene ausgezahlt, die auch bereit sind, etwas dafür zu tun, sondern ohne Gegenleistung, ohne Bedingung und ohne Antrag als sozialpolitischer Universaltransfer allen gewährt. Es reicht somit auch über den sozialen Ausgleich der Sozialen Marktwirtschaft hinaus. Bei ihm soll nur subsidiär unterstützt werden, wer (unverschuldet) in Not geraten ist und zu schwach ist, sich selber zu helfen. Bei flüchtiger Betrachtung scheint das Grundeinkommen wesentlich weiter als alle sozialpolitischen Alternativen zu gehen. Ein schärferer Blick auf die Wirklichkeit zeigt jedoch, dass es heute de facto das Grundeinkommen schon längst gibt. Eine aufgeklärte christliche Gesellschaft wird niemals zulassen, dass Menschen ohne Nahrung und Kleidung obdach- und würdelos dahinvegetieren. Sie wird in jedem Fall in der einen oder anderen Weise einen Absturz ins Bodenlose verhindern und ein wie auch immer geknüpftes Auffangnetz auslegen.

Das Grundeinkommen ist beides, ein zutiefst individualistisches wie auch egalitäres Konzept. Es ist egalitär, weil es alle gleich behandelt. Es ist individualistisch, weil es bedingungslos allen, unabhängig von persönlichen Eigenschaften, Alter, Geschlecht, Familienstand, Beruf, Erwerbstätigkeit und Wohnsitz gewährt wird. Es trägt weiter dem sozioökonomischen Wandel Rechnung und bezieht auch nicht traditionelle Familienformen und gebrochene Erwerbsbiografien ein. Auch verzichtet das Konzept auf jeglichen Paternalismus. Niemand überprüft, ob es gute oder schlechte Gründe für eine Unterstützung gibt. Niemand macht Sozialtransfers an bestimmten Verhaltensweisen, Lebens- oder Familienformen fest. Das Problem der Definition von Bedarfsgemeinschaften und der gegenseitigen Anrechenbarkeit von Einkommen oder Vermögen stellt sich nicht. Alle, die Hilfe benötigen, werden auf jeden Fall unterstützt. Niemand bleibt ohne Hilfe, niemand bleibt unterhalb des Existenzminimums.

Sicher, durch das Grundeinkommen werden auch jene unterstützt, die der Hilfe gar nicht bedürfen. Dass auch Gutverdienende und Vermögende das bedingungslos gewährte Grundeinkommen erhalten, ist jedoch nichts anderes als eine in spezieller Form gewährte Steuergutschrift. Entscheidend ist die steuerliche Nettobelastung. Gutverdienende und Vermögende müssen eine höhere Bruttobesteuerung des Einkommens in Kauf nehmen. Im Gegenzug erhalten sie eine Netto-Entlastung durch das auch ihnen ausbezahlte Grundeinkommen. Über die steuerliche Behandlung der Einkommen ist im Endergebnis die Nettobelastung von Reich und Arm sehr wohl unterschiedlich.

Wer ökonomische Effizienz und soziale Gerechtigkeit in einem Dritten Weg symbiotisch zusammenbringt, hat die Chance, den Arbeitsmarkt zu einem Markt zu machen und sozialpolitische Ziele nicht indirekt und dadurch ungenau über Eingriffe in diesen Markt anzupeilen. Er kann mit Wettbewerb, Freiheit, Eigenverantwortung, wenig Regulierung und ohne Eingriffe auf den Märkten das Sozialprodukt maximieren. Die Effizienz des Wettbewerbs und der Märkte ermöglicht es, ein bedingungslos gewährtes Grundeinkommen zur Sicherung des Existenzminimums zu finanzieren. So bleibt der Dritte Weg der Sozialen Marktwirtschaft eine historisch erprobte, vor allem aber ordnungspolitisch und damit ökonomisch überzeugende Symbiose zugunsten der Zukunft Deutschlands.